

Annoucen-Annahme-Bureau In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. F. Alrici & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Th. Spindler, in Gräg bei T. Streiland, in Breslau b. Emil Kabatz.

Posener Zeitung. Achtzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. T. Daube & Co., Hasenklein & Vogler, Rudolph Moske. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidendank“.

Nr. 61.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4/4 Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 46 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 25 Januar (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Vom Landtage.

6. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 24. Januar, 11 Uhr. Am Ministertische Friedenthal, Falk, Achenbach und zahlreiche Kommissarien.

Von Ihrer Majestät der Kaiserin ist folgendes an das Präsidium gerichtete Schreiben eingegangen:

Die Worte der Teilnahme an meinem tiefen Schmerze und schweren Verluste, welche Sie mir im Namen des Hauses der Abgeordneten ausgesprochen, sind mir Beweis jener festen Beziehungen, welche zwischen den Vertretern des theuern Vaterlandes und uns bestehen. Solche Beziehungen bewähren sich in Freud und Leid. Ich bitte Sie, dem Hause meinen aufrichtigen Dank auszusprechen. Augusta.

Vom Abg. von Seeremann (Zentrum) ist ein Antrag, betreffend die Abänderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses bezüglich der Wahlprüfungen eingebracht worden.

Vom Finanzminister ist eingegangen der Bericht über die Verwaltung des Interlegationsfonds für 1876, vom Handelsminister die Uebersicht über den Fortgang des Baues und die Ergebnisse des Betriebes der Staatseisenbahnen, sowie eine Denkschrift, betreffend die zulässige Reduktion der Staatsbaubeamten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Deckung der Kosten der anderweitigen Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie im Kreise Meisenheim.

Abg. Sombart: Ich will nicht gegen die Vorlage sprechen, aber wenn ich die neue Forderung ansehe und die schon verausgabten Gelder, und wenn ich damit die Resultate vergleiche, welche bisher erzielt worden sind, so kann ich nur sagen, daß wir die bisherigen Kosten lediglich verschmerzen müssen. Ich komme bei dieser Gelegenheit auf unser Vermessungswesen, welches nicht allein als Grundlage für die obigen Berechnungen, sondern auch für viele andere Zweige des öffentlichen Lebens dienen muß, wie z. B. dem Eisenbahnbau, Wegebau, Kanalbau, Deichbau etc., und deshalb von der höchsten Wichtigkeit ist. Nun ist es aber Thatsache, daß das Zivilvermessungswesen in keinem anderen Lande schlechter ist als gerade in Preußen, und das kommt lediglich daher, weil die Vermessungsbeamten bei allen einzelnen Verwaltungsfürs für sich geordnet arbeiten. Alle einzelnen Ressorts im Ministerium haben ihre eigenen Vermessungsbeamten und jedes seine speziellen Aufnahmen; auf diese Weise werden eine Unmasse Kosten verschwendet, dagegen nichts erreicht, und so beifügen wir bis jetzt von den neuen Provinzen noch nicht eine gute Karte. Bei der Wichtigkeit dieser Verhältnisse und der weittragenden Bedeutung, welches das Vermessungswesen dadurch erhält, daß es so vielen anderen Zweigen zur Grundlage dient, tritt die dringende Mahnung an die Regierung heran, möglichst bald mit einer einheitlichen Regulierung des Zivilvermessungswesens vorzugehen.

Darauf wird die erste Berathung geschlossen und der Gesetz-Entwurf in zweiter Berathung ohne Debatte genehmigt.

Ohne Debatte erledigt das Haus die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die nach dem Gesetz über das Anwesenwesen in Auseinandersehungssachen vom 24. Juni 1875 zu gewährenden Tagegelder, Reisekosten und Feldzulagen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Regulierung des ständes herrlichen Rechtszustandes des fürstlichen Hauses zu Bentheim und Tecklenburg bezüglich der Herrschaft Rheba und der Grafschaft Hohenlimburg.

Abg. Ebert: Die Juristen zu Bentheim haben die erste Veranlassung zur Prüfung der Rechte der vormals Reichsunmittelbaren gegeben, indem sie in einer Petition vom 11. Jan. 1861 sich darüber beschwerten, daß der Fürst zu Bentheim Ansprüche erhebe, die ihm durch verfassungsmäßige Gesetze genommen worden. Die Petition fand eine warme Fürsprache von Seiten des Abg. Waldeck, sowie Vinde (Hagen) und die Beschwerden wurden für begründet erachtet. Jetzt muß uns die Regierung zu, einer Gesetzesvorlage unsere Zustimmung zu geben, welche die Ansprüche, über die jene Beschwerden statgefunden hatten, als gesetzlich und berechtigt anerkennt. Nach § 9 soll der Fürst das Recht haben, für seine Person und Familie aus der Gemeindeverbindung auszuscheiden, d. h. er kann alle Gemeindefunktionen benutzen, ohne die Verzählung dafür zu leisten. Man bezieht sich auf das Gesetz, betreffend den Rechtszustand des fürstlichen Hauses zu Sayn-Wittgenstein, aber in diesem findet sich keine derartige Bestimmung. Ebenso verhält es sich mit der Befreiung von der Personalsteuer.

In den Motiven wird ferner gesagt, daß eine Entschädigung von 493,752 Thlr. an den Fürsten geleistet worden sei, und daß er noch 32,284 Thlr. zu beanspruchen habe; wofür dies geschehen, habe ich bisher wirklich noch nicht ergründen können. Was die staatsrechtliche Seite der Frage anlangt, so wird in den Motiven selbst angegeben, daß der Fürst von Bentheim nicht zu den früheren Reichsunmittelbaren gehöre, und es ist deshalb nicht begründet, weshalb eine derartige Ausnahmestellung, wie es durch dieses Gesetz geschieht, geschaffen werden soll. Aus allen diesen Gründen ist eine sorgfältige Prüfung notwendig, und ich empfehle Ihnen deshalb die Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern.

Abg. Dr. Samacher: Die Regierung beruft sich in den Motiven darauf, daß dieser Entwurf nach dem Muster desjenigen über das fürstliche Haus zu Sayn-Wittgenstein gearbeitet worden sei, durch dessen Annahme das Haus gewissermaßen ein Präjudiz geschaffen habe. Aber zwischen beiden finden sich doch bedeutende Ungleichheiten. Auf einige derselben hat der Vorredner schon aufmerksam gemacht, zwei andere möchte ich noch hervorheben. Im § 17 wird dem Fürsten das Recht zugestanden, die Eidesleistung durch seine Beamten vornehmen zu lassen; nun ist dieses Recht durch den Reichstag in den Projektordnung äußerst beschränkt, und in den meisten Fällen aufgehoben worden, und man kann doch jetzt nicht von uns verlangen, jenen Beschlüssen entgegen zu arbeiten. Dann wird dem Fürsten durch § 18 eine bisherige durch Gesetz bestehende Verpflichtung der Zahlung von 1700 Thlr. jährlich erlassen, und zwar aus dem Grunde, weil dem Fürsten durch die Aufhebung des Jagdrechts im Jahre 1848 ein Schaden erwachsen sei, welcher sich auf 32,000 Thlr belaufen würde, eine Summe, welcher jene 1700 Thlr. Kapitalisi gleichkommen würden. Aber wenn man diese Entschädigung dem Fürsten bewilligt, so könnten ja noch Tausende kommen, welche sich in derselben Lage befinden, und was dem Einen Recht ist, ist dem Andern billig. Ich schließe mich daher dem Antrag Eberts auf Verweisung an eine Kommission an.

Abg. Windthorst (Meynen) konstatirt, daß die Regierung in Bezug auf die verschiedenen Gesetzesvorlagen dieser Art einen sehr verschiedenen Maßstab angegt und beispielsweise die Grafen Stolberg wesentlich bevorzugt habe. Im Uebrigen bittet er, den Gesetz-entwurf unverändert anzunehmen, da sich die Ansprüche des Fürsten auf alles Recht gründeten, und er der Regierung mit der größten Nachgiebigkeit entgegen gekommen sei.

Der Antrag Eberts auf Kommissionsberathung wird angenommen. Es folgt hierauf die Berlesung der folgenden Interpellation des Abg. Windthorst (Meynen): Die Regierung wird um Auskunft ersucht: 1) Welche Schritte dieselbe zur Linderung der Noth der in der Mogat-Niederung von der Ueberschwemmung Betroffenen gethan hat. 2) Welche Maßregeln, und mit welchen Mitteln unterstützt, die Regierung zu treffen gedenkt, um der Wiederkehr einer solchen Kalamität vorzubeugen.

Nachdem der landwirthschaftliche Minister sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit erklärt, erhält zur Begründung derselben das Wort

Abg. Windthorst (Meynen): Die Kalamität, die in der bezeichneten Gegend durch den Durchbruch der Dämme und die Ueberschwemmungen entstanden, ist bereits Gegenstand der Erörterung in allen Blättern gewesen, und mit Recht ist überall die Mithdtätigkeit wirksam, um den dort betroffenen Unglücklichen zu Hilfe zu kommen. Ich bin nicht zweifelhaft, daß auch die Staatsregierung sich mit dieser Frage eingehend und ernst beschäftigt hat, und die Sorgfalt, mit der der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten in solchen Sachen vorzugehen pflegt, birgt mir dafür, daß er bereits heute uns ein genaues Bild dessen geben wird, was er sich vorgezset hat. Dies in Bezug auf den ersten Punkt der Interpellation; die zweite Frage ist allerdings sehr viel ernster Natur; hier ist, glaube ich, der Wasserbaukunst eine Aufgabe gestellt, wie sie schwieriger noch nicht zu lösen gewesen ist. Es sind bekanntlich in neuerer Zeit durch die Anlage des Kanals und der Wasserwerke an dem Punkte, wo die Mogat von der Weichsel sich trennt, Anlagen geschaffen, von denen man glaubte, daß sie derartigen Kalamitäten, wie sie jetzt eingetreten, dauernd vorbeugen würden. Leider hat die Erfahrung das Gegenteil bewiesen. Als im vorigen Jahre die Frage wegen der Wasserverhältnisse an den verschiedenen Küsten in Frage stand, wurde hier eine Broschüre vertheilt, die bereits die Furcht ausbrach, welche jetzt leider in so trauriger Weise realisiert worden ist. Wir scheinen die Vorkommnisse des letzten Frühjahrs sowohl, als auch die jetzt eingetretenen für unsere Wasserbautechnik eine ernste Mahnung zur Prüfung der Frage zu sein, ob sie überhaupt auf dem rechten Wege sei, und wie man bei den Korrekturen des Nils in Egypten und bei den Wasserbauten in Frankreich neuerdings andere Richtungen einschlägt, so wird auch unsere Wasserbautechnik sich zu fragen haben, ob sie noch weiter ihre bisherige Richtung verfolgen soll. Ich meinstheils theile sehr den Wunsch derjenigen, die da entschieden verlangen, daß man insbesondere auf holländische Techniker und ihre reichen Erfahrungen mehr als bisher Rücksicht nehmen müsse. Ich bin selbst nicht Wasserbautechniker (Heiterkeit); nun, so unmöglich wäre das ja nicht — aber die verschiedenen Verhältnisse zwingen mich in meinem sonstigen Beruf, auf die Resultate dieser Technik meine Aufmerksamkeit zu richten. Insbesondere ist der von mir vertretene Wahlkreis in dieser Hinsicht von großer Bedeutung. Ich lege darum auf den zweiten Punkt meiner Interpellation ein besonderes Gewicht, weil in dem gegenwärtigen Augenblicke, wo die Gemüther so sehr erregt sind, das ganze Land ein Interesse daran haben muß, von kompetenter Seite beruhigende Äußerungen zu vernehmen.

Minister Dr. Friedenthal: Auf die gestellte erste Frage habe ich folgendes zu erwidern: Den durch die Mogat-Deichbrüche mit Ueberschwemmungen herbeigeführten augenblicklichen Nothständen der Betroffenen an Unterkunft, Bekleidung und Nahrung ist bisher durch das energische Zusammenwirken der Staats- und Kommunalbehörden mit dem in der Stadt Elbing gebildeten Hilfskomitee erfolgreich begegnet worden. Nach den letzten amtlichen Mittheilungen werden 740 Familien mit etwa 4000 Personen mit Geld und Kleidungsstücken unterstützt, eine Anzahl von Familien ist miethweise in Privatwohnungen untergebracht, gegen 100 Personen werden in der Turnhalle in Elbing vollständig verpflegt. Die zur Verfügung stehenden Mittel und — wie von dem bisher trefflich bewährten Wohlthätigkeitsverein unserer Mitbürger erhofft werden kann — reichlich zuströmenden Spenden der Privat-Wohlthätigkeit werden voraussichtlich genügen, der hervorbreitenden Noth der von der Ueberschwemmung betroffenen Personen wirksam Abhülfe zu gewähren. Für den Fall, daß außer den bereits zur Verfügung gestellten Staatsmitteln die ausschließliche Verwendung von solchen nothwendig werden sollte, ist der Regierungspräsident in Danzig schon vor einiger Zeit ermächtigt worden, die erforderlichen Beträge einstuweilen aus der Regierungshauptkasse zu entnehmen. Ob und eventuell in welchem Umfange es geboten sein wird, den durch die Ueberschwemmung Betroffenen demnächst zur Erhaltung in ihrem Haus- und Nahrungszustand Beihilfe aus Staatsfonds zu gewähren, läßt sich in Rücksicht auf die noch andauernde Ueberschwemmung gegenwärtig und voraussichtlich in der allernächsten Zeit noch nicht übersehen. Die Staatsregierung muß sich daher ihre diesfällige Entscheidung für jetzt noch vorbehalten. Betreffend den zweiten Punkt der Interpellation bemerke ich, daß es sich in vorerster Linie darum handelt, solche Maßregeln zu treffen, welche dazu beitragen, eine weitere Ausdehnung der Ueberschwemmung bei erneutem Eisgange und damit sich verbindenden Hochwassern entgegenzuarbeiten. Zur Erreichung dieses Ziels werden seit Ausgang Dezember an den geeigneten Stellen Eisbrengungen mit aller Energie unter militärischer Hilfe vorgenommen, welche von der Mündung aufwärts bereits bis oberhalb Dirschau gelangt sind; es sind ferner die behufs Schließung der betreffenden Deichbrüche unmittelbar nach dem Unglück in Angriff genommenen Arbeiten theils sehr weit vorgeschritten theils — wo, wie bei Fischerskamp die wechselnde Witterung die Anfuhr von Materialien auf das Kenferke erschwert — mit aller Kraft im Gange erhalten. Die zunächst erforderlichen Geldmittel sind den an und für sich Verpflichteten in Hinblick auf ihre bedrängte Lage vorschufweise mit 140,000 Mk. zur Verfügung gestellt. Mit der Lösung der ferneren Frage, wie gegenüber den seit Jahrzehnten bestehenden Uebelständen der regelmäßigen Wiederkehr so beflagenwerther Kalamitäten für die Zukunft entgegen zu wirken sei — ich brauche mit Absicht das letztere Wort, da eine völlige Beseitigung der die Bewohner des Weichseldelta bedrohenden Gefahren außer dem Bereiche menschlicher Kräfte liegt — beschäftigen sich die großartigen Projekte, welche dahin zielen, den Lauf der Weichsel vermittelst eines Durchstiches der Binnenebene zu verkürzen, zu begraben, die bestehenden Deichengen durch Rückverlegung der Deiche zu erweitern, die Vorfluth überhaupt zu reguliren und die Mogat entweder ganz zu coupiren beziehungsweise zu kanalisieren oder in entsprechender Weise durchstichartig zu reguliren. Diese Projekte, deren Förderung ich voriges Jahr dem hohen

Hause gegenüber ausagte, sind seitens der mit ihrem Entwurfe beauftragten Regierung zu Danzig so gut wie fertig gestellt. Zum größeren Theile befinden sie sich bereits in meinen Händen, zum kleineren erwarte ich den Eingang in nächster Zeit. Die Staatsregierung erkennt es als ihre Aufgabe, ohne jeden anderen als den durch die Schwierigkeit und Tragweite der Sache gebotenen Bezug diese Entwürfe technisch und finanziell zu prüfen, den betheiligten Kommissarien und zum Theil einander widerstrebenden Interessenten Gelegenheit zu geben, sich geltend zu machen und hoffentlich ausgleichend und endlich mit den Betheiligten die Grundzüge der Ausführung der außerordentlich hohen Kostenbeträge zu verhandeln. An dem thätigkeitsreichen Betriebe dieser hochwichtigen Angelegenheit wird es nicht fehlen, wohl aber liegt es auf der Hand, daß von einem auch nur vorläufigen Abschlusse während dieser Session nicht die Rede sein kann. Handelt es sich doch dabei um mehr als 30 Millionen Mark und eine vollständige Ummwälzung der seit Jahrhunderten bestehenden Deich- und Wasserverhältnisse. Jedenfalls aber erforderte die Ausführung dieser Projekte eine lange Reihe von Jahren. Für die Zwischenzeit wünscht die Staatsregierung solche Einrichtungen zu fördern, welche die jährlich drohende Gefahr mindern, aber nur unter der Voraussetzung, daß diese Minderung nicht erkauft wird durch eine Abwälzung der Gefahr von der einen auf die andere Seite. Die betreffenden Vorschläge der Mogat-Interessenten sind seit meinem vorjährigen Besuche an Ort und Stelle auf das Eingehendste von einer Anzahl der gewiegeisten Techniker unterstützt und es ist im Hinblick auf die Hauptprojekte zur Ausführung nur der Plan für geeignet befunden worden, bei Mößland und Klossono Hindernisse der Vorfluth in der ungetheilten Weichsel zu beseitigen. Mit der Prüfung dieses Projektes ist die Staatsregierung befaßt. Sollte dieselbe günstig ausfallen, morüber ich soogleich mich zu äußern außer Stande bin, und die Zustimmung Sr. Majestät des Königs erlangt werden, so würde eine Vorlage, welche die hohen Häuser des Landtages um Bewilligung der nicht übermäßig hohen Mittel ersucht, noch in der laufenden Session erfolgen. Es würde dann hoffentlich möglich werden, diese Arbeiten vor Eintritt des Winters zu Ende zu führen. Ich schließe mit dem Wunsche, daß es einem ferneren einträchtigen und thätigkeitsreichen Zusammenwirken der Behörden, der Deichgenossen und der sonst Betheiligten gelingen werde, dem vorbandenen Uebel kräftig zu steuern, und daß die Vorhebung eine Erweiterung des Unglücks von unseren schwer bedrängten Mitbürgern fern halten möge. (Beifall.)

Auf den Antrag des Abg. Wisselink beschließt das Haus in eine Beiprechung der Interpellation einzutreten.

Abg. Wisselink: Die Mogatniederung, deren Ueberschwemmung den Gegenstand der Interpellation bildet, gehört zum Theil dem Kreise Elbing, zum Theil dem Kreise Marienburg an. Diese beiden Kreise bilden einen Wahlkreis, den ich hier vertrete. Es könnte auffallend erscheinen, daß die Vertreter dieser Kreise nicht in erster Linie eine solche Interpellation eingebracht haben. Wir haben es deshalb nicht gethan, weil gleich nach unserem Eintritt in dies Haus der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten die heute dem Hause vorgeführten Mittheilungen uns und den zunächst betheiligten Abgeordneten der Provinz in einer Privatbesprechung gemacht hat, für uns also die Interpellation gegenstandslos geworden ist. Daß aber unsere Namen nicht unter den Unterstügern der Interpellation zu finden sind, hat vielleicht einen andern Grund. Bekanntlich findet in einem unserer Wahlkreise in den nächsten Tagen eine engere Wahl statt, bei der die politischen Freunde des Interpellanten wohl die Hoffnung hegen, ihre Zahl durch ein Mitglied vergrößern zu sehen (Hört! hört! und Heiterkeit.) Meine Herren, daß ich das lebhafteste Interesse für meine Heimath wegen des Unglücks, das ihr drohte und das sie nun betroffen, hege, habe ich durch meine Thätigkeit in der abgelaufenen Session bewiesen, wo ich alljährlich hier meine Warnung hören ließ, und die Broschüre, auf die der Vorredner Bezug nahm, ist von mir hier vertheilt worden. Ich habe die Beiprechung der Interpellation beantragt, einmal, damit es nicht den Anschein gewinnt, als ob ein Herz für sie und für ihr Unglück hier im Hause nur an einer bestimmten Stelle schlägt, und als ob nicht alle Mitglieder ohne jede Rücksicht auf eine bestimmte Parteistellung dasselbe Gefühl aufs Lebhafteste theilen (Zustimmung), sodann aber, damit man nicht aus unserem Schweigen schließen möchte, daß die Noth in der That nicht so sehr groß sei, wie sie geschildert wird. Meine Herren, die Noth ist groß, ist überaus groß und ihr voller Umfang wird sich erst später herausstellen. Die Staatsregierung wird daher am praktischsten und zweckmäßigsten handeln, wenn sie mit einer NothstandsVorlage nicht erst dann an uns herantritt, wenn sich der ganze Umfang des Schadens herausgestellt hat, denn der wird erst zu beurtheilen sein, wenn wir wissen, ob nicht eine noch sehr viel schwerere Hochfluth bei dem künftigen Eisgange die Niederung heimsucht. Es ist im höchsten Grade zu bedauern, daß durch eine Reihe von mehr als 20 Jahren, obwohl aus den Kreisen der bedrohten Bevölkerung wiederholt Warnungsrufe ertönt sind, keine energischen Maßregeln zur Abwehr des Unheils — es bezieht sich das auf die Zeit vor dem Eintritt des jetzigen landwirthschaftlichen Ministers — ergriffen worden sind, Maßregeln, wie die Bevölkerung sie wünscht. Man hat sich in der That in Unkenntniß oder in einem schweren Irrthum über die Aenderungen befunden, die seit 20 Jahren und länger in dem Stromgebiete der Weichsel vorgegangen. Zu der Zeit, als die Dübahn gebaut wurde, und als man die beiden Ströme überbrücken wollte, hat die Staatsregierung Fürsorge dafür treffen wollen, bei schwerem Eisgange, welcher bekanntlich bei der Weichsel in einer Großartigkeit wie kaum bei irgend einem anderen Flusse sich findet, durch Vorrichtungen an der Dirschauer Brücke die arroken Eismassen derart zu theilen, daß ein Theil davon der Weichsel, der andere der Mogat zugehen sollte. Die Natur hat aber dieser Vorfrage der Kunst gespoetter, und das ist wohl theilweise die Veranlassung, daß in unseren Kreisen die Bevölkerung wenig oder gar kein Vertrauen zu der Kunst und Sachkenntniß der Wasserbautechniker hegt. Ob sie darin Recht hat oder nicht, wage ich nicht zu beurtheilen, eine Thatsache aber ist unüberleuglich: In Folge der eigenthümlichen Anlage des damals gebauten Kanals, der ein viel zu starkes Gefälle hat, sind die großen Eis- und Wassermassen, welche das Deichprofil nicht fassen kann, in den Strom hineingetrieben worden, in Folge dessen aber hat eine ungeheure Masse von Einstößen, welche sonst langsam im Strome sich niederließen, am Ausflusse des Stromes sich aufgebäumt. Diese abgelagerten Massen haben nun, gegen jede Berechnung, die sonst bei solchen Strömen maßgebend zu sein pflegt, die Folge gehabt, das Land so zu erhöhen, daß heute, bei einem bedeutenden Eisgange die Wasser- und Eismassen keinen Ausweg finden, weil sich in kurzer Zeit all' die kleinen Rinnen, die sich hinterher bilden, verstopfen mußten. Diese drohende Erscheinung nun ist die langen Jahre hindurch an maßgebender Stelle unbeachtet geblieben, obwohl sie bekannt genug war, und die Gefahr mit Naturnothen digkeit fortwährend zunehmen mußte. So kommt es, daß jetzt die



Nogatniederungen, die eingedämmten Landtheile umfassend, um mehrere Fuß tiefer liegen als das künstlich erhöhte Flußbett der Nogat, und wenn bei der Stadt Marienburg ein Durchbruch stattfinden sollte, dann ist ein Flächenraum von 10 Quadratkilometern nicht bloß der Ueberschwemmung ausgesetzt, sondern die Ueberschwemmten würden auch dem sicheren Tode nicht entrinnen können. (Hört!) Seit Jahrhunderten haben die Bewohner dieses Landestheils sich gegenüber dieser Gefahr der Sorglosigkeit hingeeben; es fehlt ihnen an Rathen und an allen sonstigen Rettungsmitteln bei einbrechender Gefahr, und in dem Augenblicke, wo die Fluth hereinbrechen, müssen Hunderte, wenn nicht Tausende dem sicheren Untergange preisgegeben werden. Ich bemerke dabei, daß alsdann auch die ganze Strecke der Ostbahn von Elbing bis Marienburg dem Untergange geweiht ist und Jahre lang nicht befahren werden können. Diesen Thatfachen gegenüber können Sie es der Bevölkerung nicht verdenken, wenn sie wieder und immer wieder an das Haus u. die Regierung mit der Bitte herantreten ist, die Gefahr, die ihr droht, sich u. vergegenwärtigen, und ihr, soweit die menschliche Kraft es zuläßt und die Mittel des Staates es erlauben, entgegenzutreten. Ich bin fest überzeugt, daß es dem landwirthschaftlichen Minister Erguß ist mit wenigen Versprechungen, die er gemacht. Es wird das wesentlich zur Beruhigung der dortigen Bevölkerung beitragen, und ich wünsche und bitte nur, daß seinen Worten so bald wie nur möglich die That folge. Das Haus aber wird gewiß aus vollem Herzen alle für diese Aufgabe geforderten Geldmittel bewilligen. Es handelt sich bei dieser Nothstandsforderung nicht nur um eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der Menschlichkeit (Beifall).

Abg. Windthorst (Weppen): Die so vollständige Beantwortung meiner Interpellation durch den Herrn Minister hat mich durchaus befriedigt und meine Erwartungen noch übertroffen. Auch dem Vorredner bin ich dankbar für seine warme Vertretung der Sache. Zur Unterschrift der Interpellation habe ich ihn deshalb nicht aufgefordert, weil die Herren Nationalliberalen es mit der größten Sorgfalt zu vermeiden pflegen und irgendwo zu unterstützen, und dasselbe ist ja auch bei den Freikonserativen, den Zwillingenbrüdern der Nationalliberalen der Fall. Ich bin zu meiner Interpellation nicht aus irgend welcher Rücksicht auf Wahlen, sondern allein durch die Aufrufe bewegt worden, die an die Wildberzigkeit der Bevölkerung in Folge des Eintritts der Palamität in den öffentlichen Wäldern gerichtet wurden, wie ich ja auch im vorigen Jahre bei ähnlichen Verhältnissen dieselbe Interpellation gestellt habe. Lebrigens wird es mich sehr freuen, wenn der Vorredner in einem ähnlichen Falle mir das Prävenire spielen will. Es giebt keinen edleren Wettstreit als den des Wohlthuns (Beifall).

Die Interpellation ist hiermit erledigt. Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Reichen- sparger: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Erwartung auszusprechen, daß die königliche Staatsregierung den Erlaß des Herrn Kultusministers vom 18. Februar 1876 einer näheren Prüfung unterziehen und grundtätig feststellen werde, daß 1) kraft der im Artikel 12 der Verfassungsurkunde gewährleisteten Religions- und Gewissensfreiheit der mit der obligatorischen Volksschule verbundene Religionsunterricht nur im Sinne der betreffenden Kirche, mithin unter der Autorität der verfassungsmäßigen Oberen erteilt werden darf; daß 2) diese Konfession des Artikel 12 der Verfassungsurkunde auch in der Bestimmung des Artikel 24 ibid., daß die betreffenden Religionsgesellschaften den religiösen Unterricht in der Volksschule zu leiten haben, gezogen worden ist, indem diese Leitung nach der bei Revision der Verfassungsurkunde ausdrücklich ausgesprochenen Willensmeinung der Staatsregierung und des Landtages nicht bloß das Recht der Ueberwachung, sondern auch das der Besorgung dieses religiösen Unterrichts Seitens der Religionsgesellschaften in sich schließt; daß 3) dies Recht der Leitung des Religionsunterrichts innerhalb der staatlich anerkannten Religionsgesellschaften deren gesetzlichen Organen unmittelbar zusteht; daß endlich 4) der Volksschullehrer diesen Religionsunterricht nur kraft einer Ermächtigung der zuständigen Kirchenbehörde zu erteilen befugt ist.

Abg. Dr. v. Stabrowski beantragt in Nr. 1 hinter den Worten „der verfassungsmäßigen Oberen“ einzufügen „und in der Muttersprache“.

Abg. Dr. Legidi beantragt dagegen: In Erwägung, 1) daß Art. 24 der Verfassungsurkunde nicht aktuelles Recht gewährt, sondern einzuweisen die Bedeutung einer Richtschnur für die Gesetzgebung hat und seiner gesetzlichen Regelung und Begrenzung erst von der bevorstehenden Ausführung des Artikels 26 der Verfassungsurkunde gewährt, 2) daß bis dahin der Artikel 112 der Verfassungsurkunde maßgebend ist, wonach es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen bewendet, endlich 3) daß der Erlaß des Herrn Kultusministers vom 18. Februar 1876 den bestehenden Gesetzen und ihrer allein zulässigen Deutung entspricht, über den Antrag des Abgeordneten Reichenperger zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Reichenperger begründet in längerer Rede seinen Antrag, indem er ausführt, daß der Minister selbst den Provinzial-Regierungen gegenüber vielfach Remeduren und Widerungen hinsichtlich verschiedener Maßregeln des Kulturkampfes habe eintreten lassen. Der Religionsunterricht, um den es sich hier augenblicklich handelt, sei doch nicht jedem andern Unterrichtsgegenstande gleichzustellen. Denn es handle sich doch dabei nicht bloß um die Uebersetzung und das Lehren gewisser feststehender Lehrsätze, sondern es handle sich dabei um einen Vortrag der kirchlichen Lehren auf Grund der maßgebenden Autoritäten; in der evangelischen Kirche ist die Autorität die Bibel, vielleicht auch noch die symbolischen Bücher; in der katholischen Kirche ist diese Autorität der Papst Ueberall in allen Ländern wird der Religionsunterricht in der obligatorischen Volksschule unter Aufsicht der kirchlichen Oberen erteilt; wenn den Oberen diese Aufsicht entzogen wird, so kann man schließlich nur dahin kommen, sich für die Abschaffung jedes konfessionellen Religions- Unterrichts in den Volks- Schulen zu erklären. (Hört, hört! links.) Eine solche Entscheidung der Aufsicht des Religionsunterrichts aus den Händen der zustehenden Oberen ist aber nur ein Gewaltakt asiatischer Despoten. (Sehr gut! im Centrum große Heiterkeit.) Der frühere Kultusminister Mühlner hatte hinsichtlich des Gymnasiums in Braunsberg in einem Erlaß den Grundsatze aufgestellt, daß die katholischen Schüler an dem Religionsunterrichte eines aus der katholischen Kirche ausgetretenen Lehrers teilnehmen müssen, auch wenn es gegen ihr Gewissen sei, oder das Gymnasium verlassen müßten. Der Kultusminister Falk hat diesen Erlaß abgeändert und bestimmt, daß eine Dispensation zulässig sei, wenn ein anderweiter Erlaß nachgewiesen werde. Warum sollen nun nicht die Eltern der Kinder, welche die Volksschulen besuchen, erklären können: der in den Volksschulen erteilte Religionsunterricht widerspricht unseren Ansichten, wir wollen unsere Kinder nicht an demselben teilnehmen lassen? Der Erlaß des Kultusministers Falk vom 18. Februar 1876 führt geradezu zu einer Monopolisirung des Religionsunterrichts in den Händen des Staates; er ist keineswegs im Gesetz begründet, während doch der Kultusminister als Exekutivbeamter nur auf Grund von Gesetzen derartige Erlasse bekannt zu machen berechtigt ist. Wenn man die Verfassungsartikel nicht nach dem Sinne des jeweiligen Ministers, sondern nach dem Sinne derjenigen auslegt, welche dieselben gemacht haben, so ist der Minister gar nicht berechtigt zu einem solchen Erlasse, denn es ist von dem Ausschusse der ersten Kammer bei Berathung der Verfassung ausdrücklich erklärt worden, man wolle den Religionsgesellschaften die Leitung des Religionsunterrichts ganz und vollständig überlassen. Der Herr Kultusminister hat in seinem Erlasse allerdings anerkannt, daß der Pfarrer berechtigt ist, dem schulpflichtigen Religionsunterrichte in den dafür festgesetzten Stunden beizuwohnen, durch Fragen und so weit erforderlich, stellenweises Eingreifen in den Unterricht sich davon zu überzeugen, ob dieser von dem Lehrer vollständig und sachgemäß erteilt wird und welche Fortschritte die Schüler darin gemacht haben, ferner den Lehrer (jedoch nicht in Gegenwart der Kinder) sachlich zu berichtigen, Wünsche oder Beschwerden in Bezug auf den Religionsunterricht der staatlichen Aufsichtsbefugnisse vorzutragen und endlich bei der Entlassungsprüfung, wo eine solche stattfindet, nach vorherigem Examen die Jenur in der Religion

mit festzustellen. Wenn aber der Pfarrer nun Wünsche und Beschwerden anbringt, wer soll darüber entscheiden? Die Regierung hat doch gar kein Recht, in diesen dogmatischen Fragen ein Urtheil zu fällen, und die Entscheidung einer geistlichen Obrigkeit wird nicht zugelassen. Was ist die Folge eines solchen Erlasses und eines derartigen Vorgehens? In manchen höheren Schulen ist der katholische Religionsunterricht gänzlich vom Leben verschwunden, weil die Väter ihren Kindern Privatreligionsunterricht erteilen lassen, da der staatlich angeordnete Religionsunterricht erteilt werden nicht genügt. Die großen Siege Preußens sind errungen worden durch die Generation, welche auf Grund der alten Unterrichtsgeetze erzogen worden ist, nicht durch die, welche unter dem kaiserlichen Regimente gebildet sind (Bewegung), und daß die Sozialisten in den katholischen Landestheilen keine Wurzel gefaßt haben, ist allgemein bekannt, und sie selbst haben anerkannt, daß die katholische Religion ihre Todfeindin sei. Lebrigens haben auch schon die Organe anderer Parteien als des Centrums dieselben Gedanken geltend gemacht, die er, der Redner, vorgebracht habe (Rufe: Welche?) Derartige Aeußerungen haben sich gefunden in der „Vossischen“, „Volks-“ und „Schlesischen“, zum Theil auch in der „Kölnischen Zeitung“. Keiner schließt, indem er die Erwartung ausdrückt, daß die liberalen Parteien die Billigkeit haben würden in der Interpretation der Verfassungsartikel nicht mehr eine solche Unbestimmtheit zu gestatten, und besonders Garantien dafür zu schaffen, daß derartige Uebergriffe, wie sie der Erlaß des Kultusministers ausdrückt, nicht wieder vorkommen.

Gegen den Antrag melden sich zum Worte die Abg. Windthorst (Weppen), Dr. Legidi, Dr. v. Spbel, Graf Bethusy-Huc, Vopelius; für den Antrag die Abg. v. Schorlemer-Alst, Graf Matwischka, Dr. v. Stabrowski, Franz, Berger, Danzenberg, v. Gerlach, Windthorst (Weppen), Minden.

Kultusminister Dr. Falk: Der Vorredner hat meinen Erlaß vom 18. Februar 1876 bestig angegriffen. Es ist allerdings schwierig, und ich war auch nicht sehr dazu geneigt, in so heißen Fragen, wie die in Rede stehenden es sind, wo eine neue gesetzliche Basis für alle Fragen des Schulwesens geschaffen werden sollen, allgemeine Anordnungen zu treffen wie sie in dem Erlasse vorliegen. Ich bin aber zu diesem Erlasse gezwungen worden, weil viele Beschwerden an mich gelangt sind, wahrlich nicht veranlaßt durch die Reden der Herren vom Centrum, besonders aus Weissen. Ich mußte diese Beschwerden erledigen und das ist die Veranlassung des Antrages, nicht etwa die Neigung, meine Verwaltungsmacht zu erweitern. Eine Vergleichung der heutigen Zeit mit der Zeit des Erlasses der Verfügung ist sehr interessant. Der Abg. Reichenperger hat anerkannt, daß Einzelnes gebessert sei, dagegen diese Anerkennung durch seine anderweitigen Vorwürfe abgeschwächt und sogar aufgehoben. Der Abg. Danzenberg, der sich doch gewiß nicht so leicht verblüffen läßt (Heiterkeit), war doch von dieser Verfügung so eingenommen, daß er im vorigen Jahre bei dem Etat eine Rede hielt, welche diese Verfügung vollkommen ignorierte, dagegen alle Beschwerden anregte, welche durch diese Verfügung aufgehoben waren. Der „Wesfäl. Merkur“ nennt diese Verfügung eine „Umkehr“ zu gesunden Grundsätzen und beglückwünscht sie mit Freund. Ganz in demselben Sinne sprachen sich mehrere Leitartikel der „Germania“ aus. Früher hieß es immer: es soll eine kaiserliche Staatsreligion eingeführt werden, heute haben wir ja Nebenliches wieder gehört; der Abg. Reichenperger hat ja gesprochen von einem Gewaltakt asiatischer Despotie, von Seelenveräußerung (Sehr richtig! im Centrum.) Glauben Sie denn das selber? (Ja wohl! im Centrum.) Dann thun Sie mir von Herzen leid, ich hätte Sie für klüger gehalten. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Der Religions- Unterricht soll im Sinne der betreffenden Religions- Gesellschaften erteilt werden, das bestimmt nicht nur der Art. 12, sondern schon das allgemeine Landrecht und andere Gesetze, und ich habe das auch in meinem Erlasse anerkannt. Der Abg. von Stabrowski ist aber in seiner Interpretation noch weiter gegangen; ob sie seiner Schlussfolgerung beitreten wollen, überlasse ich Ihnen, ohne meine Ansicht weiter zu erörtern, zumal mir ja einer solchen Erörterung anderwärts doch nicht entgegen werden. Eine Garantie dafür, daß der Religionsunterricht im Sinne der Konfession erteilt werde, liegt darin, daß der kirchlichen Behörde bei der Prüfung der Lehramtskandidaten eine Mitwirkung zusteht. Es ist nun gesagt worden, daß man selbst in Döbelen, wo ein Bischof noch vorhanden sei, diesen Bestimmungen nicht entsprochen habe, und daß auch der frühere Bischof Brinkmann in Münster keine Gelegenheit gehabt habe, sich seines gesetzlichen Rechtes zu bedienen. Ich glaube, es giebt noch eine andere Erklärung dafür, er hat keinen Kommissarius zur Prüfung senden wollen. Wo kein Bischof ist, kann natürlich auch keine kommissarische Abordnung eintreten. Es giebt heute noch vielfach Männer, die von früheren Bischöfen den Auftrag erhalten haben, an den Prüfungen theilzunehmen. (Stimme im Centrum: Nur ad hoc!) Nicht immer nur ad hoc, sondern auch illimitirt. Es giebt eine noch größere Anzahl von Männern, die den Auftrag erhalten haben, in den staatlichen Lehranstalten die Lehrer zu Religionslehrern zu erziehen; es giebt aber auch in den Döbelen noch eine Reihe von Männern, an deren Befähigung, zu wissen, was die katholische Kirche fordert, nach dem Anerkennung ihrer Oberen kein Zweifel besteht. So lange noch solche Männer an den Prüfungen theilnehmen, können Sie sich nicht beschweren, daß Ihnen Unrecht geschieht. Dann ist ferner im Erlaß die Gelegenheit gegeben, durch einen Geistlichen den Religionsunterricht mit Erfolg kontrolliren zu lassen, so daß man in der Kommission sogar der Meinung war, daß dies eine viel zu starke und weitgehende Berücksichtigung der Kirche sei. (Sehr richtig! links.) Eine viel kräftigere Garantie haben Sie aber auf dem kirchlichen Boden, in dem Verhältnisse der katholischen Kirche und ihrer Organe zu dem Lehrer. Thun Sie doch nicht immer so, als ob Sie verrathen und verkauft wären; es kann ja das Niemand mehr glauben. Der Abg. Reichenperger bestreitet den Satz, daß der Religionsunterricht auf Anordnung des Staates erteilt wird, er will dafür setzen: auf Anordnung der Kirche. (Sehr richtig! im Centrum.) Da sind wir nun eben verschiedener Meinung. Wenn der Religionsunterricht in der Volksschule obligatorisch ist, dann ordnet der Staat denselben und er wird in seinem Auftrage erteilt. Das hat auch der höchste Gerichtshof anerkannt, indem er aus sprach, daß der Religionsunterricht ein Ausfluß des staatlichen Lehramtes sei, und daß ein Geistlicher, der sich willkürlich mit dem Religionsunterricht befaßt, sich der Annahme eines staatlichen Amtes schuldig macht. Das wird doch wohl eine genügende Autorität sein (Abg. Windthorst (Weppen): Nein); man müsse denn mit den Abgeordneten Danzenberg der Meinung sein, daß die Gerichte, weil sie die Gesetze anwenden, die Handlanger der Regierung seien. Daß der Artikel 24, von dem im Antrage Reichenperger gesprochen wird, nicht aktuelles Recht sei, hat der Abg. von Wallinckrot bei Gelegenheit des Schulaufsichtsgesetzes ausdrücklich ausgesprochen, und man hat damals in Herrenhaufe den Versuch gemacht, durch ein Amendement diesem Artikel 24 ein gewisses Leben einzuhauchen. (Der Minister geht nun ausführlich auf die Entziehung des Art. 24 ein, indem er lange Stellen aus den damaligen Verhandlungen und besonders Aeußerungen des damaligen Kultusministers von Ladenberg anführt, aus denen hervorgehe, daß der letztere eigentlich selber nicht gewußt, was er gewollt daß man aber jedenfalls dem Art. 24 nicht die Bedeutung habe geben wollen, die heute der Abg. Reichenperger demselben beilegt, sondern alles das auf das zu erlassende Unterrichts- gesetz aufgesetzt hat.) Wie nun die Geistlichen von ihrer Befugnis am Religionsunterricht theilzunehmen Gebrauch gemacht haben, zeigt ein Bericht der Regierung zu Münster über den Kreis Gösfeld, wo 23 katholischen Geistlichen die fernere Ertheilung des Religionsunterrichts überlassen werden sollte; die Hälfte von ihnen erklärten sich bereit, nahmen aber auf die vielfachen Agitationen in der Presse und in Versammlungen hin um des lieben Friedens willen die Erklärung jurid. Wie wollen Sie das Verhalten dieser Geistlichen und die Hegeereien der Presse beurtheilen? Die Hegeereien der Presse, äußerst geschickt vom Standpunkte der Partei, aber im Grunde genommen äußerst unsittlich, haben schon viele Leute, die die Schulaufsicht bisher ausübten, bewegt, dieselbe niederzulegen. Aber, meine

Herren, es handelt sich hierbei um etwas ganz Anderes, als um die Religion und das Gewissen; es handelt sich darum, Macht zu üben gegen den Staat. (Stimmen im Centrum: Es handelt sich nur um die Freiheit!) Das soll Freiheit sein? Sollen die von mir angeführten Beispiele Illustrationen dafür sein, daß Sie Freiheit wollen? (Beifall.) Der Abg. Reichenperger hat auf die Vermilderung und Anwachs des Sozialismus hingewiesen; draußen im Lande rufen Sie die Sozialisten auf, Ihnen zu helfen. (Rufe im Centrum: Nicht wahr! — Sehr richtig! links.) So lange die Sachen so liegen, kann ich in den Worten, die dringend bitten, den Frieden wieder herzustellen, nicht Anderes finden, als eine freundliche neue Form für den alten Gedanken; wir wollen Frieden machen, wenn wir den Staat gebeugt haben. Dazu gebe ich meine Hand nicht und darum bitte ich Sie: Weisen Sie in der einen oder der anderen Weise diesen Antrag ab (lebhafter Beifall. Zwischen im Centrum.) (Schluß folgt.)

## Parlamentarische Nachrichten.

\* Im Abgeordnetenbause hat die konservative Fraktion der „Neun“ schon mehrere Sitzungen abgehalten. In denselben haben neben dem früheren landwirthschaftlichen Minister v. Mantensfel drei aktive Landräthe, ein Landrath a. D., ein Kammerherr und drei Gutsherrn aus Hinterpommern und der Wart Platz genommen. Diese neun bilden den Stamm der altkonservativen Fraktion und halten die Verbindung mit der Fraktion Stahl im Herrenhaufe, deren Führer, v. Kleist-Neckow, dem Vernehmen nach im Reichstage eine neue altkonservative Fraktion ins Leben rufen will.

## Tokales und Provinzielles.

Posen, 25. Januar.

In der Stadtverordneten-Sitzung am 24. d. Mts. waren 28 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch Oberbürgermeister Koblitz, Bürgermeister Herze, Stadtbaurath Stenzel, und die Stadträthe Bielefeld, v. Chelbowski, L. Jaffe, S. Jaffe und Dr. Poppe vertreten. Den Vorsitz führte Kommerzienrath B. Jaffe. — Nach Verlesung des Protokolls der vorigen Sitzung widmet der Vorsitzende der Erinnerung an das verstorbene Mitglied der Versammlung, Kaufmann Alphonß Peltesohn, einige Worte, wobei er insbesondere dessen natürlichen gesunden Sinn, dessen Eifer, seinen Mitbürgern zu nützen, und dessen energische Pflichterfüllung hervorhebt, auch darauf hinweist, daß derselbe bald, nachdem er vor zwei Jahren in die Versammlung eingetreten sei, durch seinen Eifer und sein reiches Einwirken in die kommunalen Verhältnisse die Aufmerksamkeit der übrigen Stadtverordneten auf sich gelenkt habe; es werde demnach demselben seitens der Versammlung stets ein warmes Andenken bewahrt werden. Die Versammlung hatte sich, um das Andenken des Verstorbenen zu ehren, während dieser Worte erhoben. — Es werden hierauf seitens des Vorsitzenden einige geschäftliche Mittheilungen gemacht; mehrere der Kommissionen haben sich bereits konstituir; die Baukommission hat zu ihrem Vorsitzenden Steuerath Neufrauz, zu dessen Stellvertreter Zimmermeister Federer gewählt; die Schul- Kommission zu ihrem Vorsitzenden Buchdr. Türl, zu dessen Stellvertreter Redakteur Dr. Wagner; die Wahlkommission zu ihrem Vorsitzenden Buchdr. Türl, zu dessen Stellvertreter Kaufmann Gerbard, die Finanzkommission zum Vorsitzenden Kaufmann Sal. Löwinsohn, zu dessen Stellvertreter Rechtsanwalt Mügel. Bei dieser Gelegenheit beantragt Kaufmann Sal. Löwinsohn mit Rücksicht darauf, daß von den Mitgliedern der Finanzkommission Kaufmann Peltesohn gestorben und Kaufmann Sal. Briske auf längere Zeit erkrankt sei, die Verstärkung der Kommission durch Wahl zweier neuer Mitglieder. Dieser Antrag wurde abgelehnt, da die Kommission aus 12 Mitgliedern bestehend stark genug sei; ein vom Bankdirektor Dr. Rakowicz gestellter Antrag, mit Rücksicht auf die Erkrankung des Kaufmanns Sal. Briske auch die Revision-Kommission durch Neuwahl zu verstärken, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt werden. — Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Ueber die Erweiterung der städtischen Wasserwerke berichtet Kaufmann Sal. Löwinsohn im Namen der vereinigten Bau- und Finanzkommission und referirt dabei zunächst das bereits Bekannte. Nachdem der Magistrat zuerst im Februar 1875 an die Versammlung eine Vorlage in Betr. der Erweiterung der Wasserwerke gerichtet und in derselben nicht allein die Beschaffung einer neuen größeren Maschine, sondern auch die Aufstellung derselben auf der Bernhardenwiese, respektive die allmähliche Verlegung der Wasserwerke nach der Bernhardenwiese beantragt hatte, wurden von der Versammlung die Mittel zur Beschaffung der Maschine bewilligt, die Beschaffung über die Verlegung der Wasserwerke dagegen einstweilen vertagt. Nachdem inzwischen auf der Bernhardenwiese mit einem Kostenaufwande von 9000 Mark ein Versuchsbrunnen errichtet worden war, wurde im Juli 1876 die Gelegenheit der vereinigten Bau- und Finanzkommission überwiegen. Schon früher hatte die Stadtverordnetenversammlung das Grundstück der städtischen Gas- und Wasserwerke befristigt, um sich zu überzeugen, ob dort zur Aufstellung der neuen Maschinen der erforderliche Platz vorhanden sei. Die vereingte Bau- und Finanzkommission befragte nochmals die Lokalitäten und kam zu der Ueberzeugung, daß auf dem Grundstücke der Gas- und Wasserwerke vollständig ausreichender Platz vorhanden sei und daß die Verlegung nach der Bernhardenwiese sich schon aus dem Grunde nicht empfehlen würde, weil dort eine sehr bedeutende Aufschüttung erforderlich, die Fundamentierung der zu errichtenden Gebäude sehr kostspielig und überdies noch eine Verbindungsstraße von dem Graben nach der Bernhardenwiese anzulegen sein würde, außerdem sei auch nicht der Nachweis geführt, daß der dortige Versuchsbrunnen, nachdem er in größerer Tiefe schlechtes Wasser geliefert habe, in geringerer Tiefe reichliches Wasser von andauernd guter Beschaffenheit ergeben werde. Von anderer Seite dagegen wurde darauf hingewiesen, daß auf die Länge der Zeit das Gasanstalts-Grundstück sich als zu klein herausstellen werde, um die vergrößerten Gas- und Wasserwerke dort gleichzeitig unterbringen zu können; auch wurde auf die Gefahr hingewiesen, welche den Wasserwerken durch eine etwaige Explosion oder einen Brand in der Gasanstalt drohe. Die Verlegung der Wasserwerke nach der Bernhardenwiese würde nach ungefährender Berechnung 1,200,000 Mark kosten. Nachdem nun die Angelegenheit nochmals der Versammlung vorgelegen hatte und beschlossen worden war, die vereingte Kommission mit der nochmaligen Prüfung der von der Direktion der Gas- und Wasserwerke zu entwerfenden Aufschläge zu beauftragen, hat die vereingte Kommission die Angelegenheit wiederum einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist dabei, nachdem seitens der Direktion der Gas- und Wasserwerke die Kosten für die Verlegung der Wasserwerke nach der Bernhardenwiese auf 658,000 Mt. veranschlagt worden sind, zu folgenden Beschlüssen gelangt: 1) Die Aufstellung der neuen Maschinen auf der Bernhardenwiese wird für unannehmlich und für nachtheilig im Interesse der Wasserversorgung der Stadt Posen erachtet. 2) Die Erbauung eines Maschinenbaues für die neu beschaffte Maschine ist notwendig; dasselbe ist auf dem Gasanstalts-Grundstücke zu errichten und mit den vorhandenen Wasserwerken so in Verbindung zu bringen, daß die neue Maschine die alte ersetzt und die alte Maschine künftig als Reservemaschine dient. Zu einer derartigen Erweiterung der Angelegenheit vom technischen Gesichtspunkte und macht geltend, daß, wenn einmal der Platz auf dem Grundstücke der Gasanstalt als gleichzeitigen Unterbringung der vergrößerten Gas- und Wasserwerke sich als unzureichend herausstellen sollte, es sich eher empfehlen würde, eine Sulfural-Gasanstalt an einem anderen Punkte der Stadt, etwa nach dem Bahnhofe hinaus, zu errichten, einerseits der billigeren Kohlenbeschaffung wegen, andererseits aber auch, damit im Falle



Die Versammlung, welche 4 Uhr Nachmittags begonnen hatte, erreichte gegen 7 Uhr Abends ihr Ende.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bosen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 25. Jan. Im 9. schleswigschen Wahlkreis wurde Graf Solstein, im 9. badischen Wahlkreis Kitz zum Reichstagsabgeordneten gewählt.

Danzig, 24. Januar. Bei der engeren Wahl wurde der bisherige Reichstagsabgeordnete Kiderit (nat.-lib.) mit geringer Majorität gegen Landmesser (Merikal) wiedergewählt.

Dresden, 24. Januar. Bei der im ersten sächsischen Wahlkreise (Zittau) stattgehabten engeren Wahl erhielt der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer (nat.-lib.) 7349, der fortschrittliche Gegenkandidat Franke 6538 St. Sonach ist Dr. Pfeiffer gewählt.

Wien, 24. Jan. Der Eisenbahnausschuß des Abgeordnetenhauses hat die Regierungsvorlage über die Vereinigung der Dux-Bodenbacher mit der Auffs-Teplitzer Eisenbahn angenommen, den Beschluß über die Artikel 2 und 3, welche die Steuerbegünstigung betreffen, jedoch in suspensio gelassen. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf betreffend den Ankauf der Braunau-Strahwaldener Eisenbahn durch den Staat wurde angenommen.

Rom, 23. Januar. Der König hat anlässlich des Ablebens der Prinzessin Karl von Preußen eine vierzehntägige Hoftrauer angeordnet. In der Deputirtenkammer waren zu der Vorlage betreffend die Mißbräuche bei der Geistlichkeit mehrere Tagesordnungsanträge eingebracht. Nachdem der Berichterstatter erklärt hatte, daß die Kommission im Einverständnis mit dem Ministerium den Artikel 1 der Vorlage abgeändert habe und nachdem der Justizminister über die Absichten des Ministeriums, welche dahin gingen, die Unabhängigkeit des niederen Klerus zu sichern, weitere Aufklärungen gegeben hatte, wurden die Tagesordnungen zurückgezogen und die Spezialdebatte begonnen. Hierbei wurde Art. 1. der Vorlage angenommen, und schließlich auch der gesammte Gesetzentwurf betreffend die Mißbräuche bei der Geistlichkeit mit 150 gegen 100 Stimmen.

Saar, 24. Januar. Der „Staatscourant“ enthält ein königliches Dekret, durch welches die Einfuhr und der Transport von Rindvieh, Schafen und Ziegen verboten wird.

Paris, 24. Januar. Aus Konstantinopel wird der „Agence Havas“ gemeldet, die Pforte beabsichtige von Frankreich einige Offiziere behufs Einrichtung der Gendarmarie und von England einige Finanzkapazitäten behufs Reorganisation der Finanzen zu erbitten.

Konstantinopel, 24. Januar. Von den Konferenzbeschlüssen ist bis jetzt nur der Marquis von Salisbury abgereist. Die Abreise Ignatieffs ist durch den auf dem Schwarzen Meere herrschenden Sturm verzögert worden. — Saffed Pascha machte heute den Botschaftern Gegenbesuche. — Der Sultan ist bisher durch Unwohlsein verhindert gewesen, die Botschafter in Abschiedsaudienz zu empfangen.

New-York, 24. Jan. Der hamburger Postdampfer „Herder“ ist gestern Morgen 7 Uhr hier eingetroffen. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Mexiko vom 16. d. M. ist Porfirio Diaz im Besitz des gesammten Gebietes der Republik mit Ausnahme der Staaten Cinaloa und Chihuahua. Iglesias hat sich nach Mazatlan geflüchtet und Lerdo de Tejada ist nach San Franzisko abgereist.

Southampton, 24. Januar. Der Dampfer des norddeutschen Lloyd „Hermann“ ist hier eingetroffen.

Gewinn-Liste der 2. Klasse 155. k. preuß. Klassen-Lotterie.

(Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 24. Januar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 28 41 116 43 234) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 303, 404, 32, 524, 240, 48, 61, 98, 606).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 326 89 150 96 444 598 701 15 91) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 824, 63, 936, 120, 48).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 40017 68 120 87 153 69 84 208) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 180, 350, 598, 612).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 50 63 735 40 87 98 828 923 25 32) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 41010, 103, 13, 16, 20, 49).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 63 489 506 12 679 80 97 721 872 996) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 45045, 163, 73).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 120 84 47086 100 10 17 33 265 324 33 35 78) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 44118, 249, 120).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 62 95 532 66 83 180 87 633 702 59 62) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 859, 913, 37, 54, 48029).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 231 316 511 43 732 36 120 71 804 94 963 98) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 49007, 12, 19, 75).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 104 120 31 57 79 317 496 515 34 120 85 613 704 853 180 978) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 818, 619, 52).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 64 120 759 93 974 120 51023 37 141 45 210 337 40 85 461) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 120, 52090, 118).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 34 150 392 429 48 73 540 633 712 86 860 80 83 940 74 83) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 93, 53002, 3, 54, 139, 43, 83, 216, 61, 75, 313, 150, 40, 467, 553, 85).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 755 120 907 27 57 62 94 54027 86 123 90 205 94 333 440) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 12000, 68, 150, 560, 723, 38, 96, 815, 46, 64, 78, 5050, 265, 361).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 407 180 17 40 80 508 120 58 621 24 76 77 749 924 62 56018) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 188, 222, 302, 240, 27, 43, 443, 82, 86, 88, 603, 77, 712, 85, 810, 902, 5).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 56 180 57048 65 107 40 245 69 75 367 418 31 37 56 180) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 57, 79, 90, 503, 28, 33, 37, 609, 15, 89, 240, 712, 83, 150, 828, 34, 37, 83).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 902 45 74 58018 32 99 120 104 14 22 39 53 222 32 34 240 74) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 320, 61, 450, 52, 53, 120, 77, 541, 648, 732, 60, 836, 917, 33, 35, 59141).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 63 200 6 323 36 120 57 150 62 76 94 534 96 678 84 795 97 120) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 850, 55, 66, 120, 923, 58, 69, 86, 240).

Table with lottery numbers and prizes. Columns include numbers (e.g., 62 95 806 14 28 48 66 919 77 88 92 61020 30 36 92 259 348) and corresponding prize amounts in marks (e.g., 432, 43, 86, 605, 8, 29, 57, 68, 707, 81, 831, 60, 996, 62010, 120, 70).

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a M., 24. Januar. Fest, aber still. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204.25. Pariser Wechsel 81.30. Wiener Wechsel 162.50. Böhmische Westbahn 140. Elisabethbahn 112. Galizier 167.50. Franzosen 193. Lombarden 60. Nordwestbahn 95. Silberrente 54. Papierrente 49. Russische Bodenrente 79.50. Ruffen 1872 83. Amerikaner 1885 - 1860er Loose 99. 1864er Loose 249.50. Kreditaktien 113.50. Dester. Nationalbank 672.00. Darmst. Bank 99. Berliner Bankver. 88.50. Frankf. Wechselbank - Dester. deutsche Bank - Weininger Bank 71. Hess. Ludwigsbahn 95. Oberbessen - Ung. Staatsloose 137.50. Ung. Schatzanw. alt 82.50. do. do. neue 79. do. Döb.-Döb. 11.56%. Centr.-Pacific 98. Reichsbank 154.50. Goldrente 60.50. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 116.50. Franzosen 192.50. Galizier -, Reichsbank -, Goldrente -, Nationalbank schwächer 673. 1860er Loose 99.50.

\*) per medio resp. per ultimo. Alberts Caffein-Societät. Kreditaktien 116.50. Franzosen 193.50. 1860er Loose 99.50. Silberrente 54.50. Papierrente -, Goldrente 60.50. Galizier 167.50. Reichsbank -, Schwach. Nationalbank 676.00.

Wien, 24. Januar. Spekulationswerthe matt, zum Schluß besser. Renten gleichfalls schwächer. Devisen fest. [Schlußcourse.] Papierrente 61.20. Silberrente 67.65. 1854er Loose 107.25. Nationalbank 812.00. Nordbahn 1815. Kreditaktien 141.80. Franzosen 237.50. Galizier 205.50. kass. Oberberg 87.00. Pardubitzer -, Nordwestb. 117.00. Nordwestb. Lit. B. -, London 125.00. Hamburg 60.90. Paris 49.60. Frankfurt 60.90. Amsterdam 103.70. Böhm. Westbahn -, Kreditloose 161.75. 1860er Loose 112.80. Lomb. Eisenb. 74.25. 1864er Loose 134.50. Unionbank 53.50. Anglo-Austr. 77.50. Napoleons 9.96. Dufanten 5.94. Silbercoup. 116.80. Elisabethbahn 138.50. Ung. Brämienanl. 73.20. Marknoten 61.40. Reichsbank 17.80. Goldrente -, Nachbörse: Fest. Kreditaktien 142.50. Franzosen 238.00. Lombarden 74.00. Galizier 205.75. Anglo-Austr. 77.25. Papierrente 61.25. Nationalbank steigend 830.00. Napoleons 9.95.

einer Explosion zc. die Stadt nicht ohne Gasanstalt wäre. Ueberdies sei eine Vergrößerung der Wasserwerke, wie sie vom Magistrat beantragt worden, zur Zeit durchaus noch nicht erforderlich, da die alten bisherigen schwächeren Maschinen im Durchschnitt nur 13 Stunden täglich arbeiten. Es seien demgemäß weder eine vergrößerte Filter-Anlage, noch stärkere Filterpumpen, noch eine erweiterte Rohrleitung (von den Wasserwerken bis zum Wilhelmshöhe) erforderlich. Es würden dadurch von der seitens der Direktion der Gas- und Wasserwerke für die Erweiterung auf dem Gasanstaltsgrundstücke veranschlagten Summe von 429,000 M. in Beifall kommen: 72,000 M. für Filter, 59,000 M. für Filterpumpen, 148,000 M. für die neue Rohrleitung, so daß demnach 150,000 M. für die Maschine, die Kessel und das Maschinen- und Kesselhaus übrig bleiben. Da sich übrigens herausgestellt habe, daß mit dem Wasser, welches nach Tarif verkauft wird, sehr verschwenderisch umgegangen wird und demnach das nach Tarif verbrauchte Wasser bedeutend billiger verkauft wurde, als das nach Wassermesser verbrauchte, möge der Magistrat erucht werden, der Verammlung eine Vorlage zu machen, nach der künftig alles Wasser entweder nur nach Wassermesser verkauft oder der Tarif um 12 Pct. erhöht werden soll. - Kaufmann Wilh. Kanarowicz, Mitglied der Direktion der Gas- und Wasserwerke, befragt, die zur Erweiterung der Wasserwerke erforderlichen Mittel gemäß dem Magistratsantrage in Höhe von 429,000 M. zu bewilligen, und hebt insbesondere die Notwendigkeit einer erweiterten Rohrleitung hervor, da bei stärkeren Maschinen und der bisherigen engen Rohrleitung leicht ein Plagen der Rohre eintreten könnte. - Zimmermeister Feckert beantragt in Betr der Bewilligung der erforderlichen Mittel die Vertagung. - Dr. Hirschberg weist auf die mit dem Veruchsbrunnen schließl. gewonnenen günstigen Resultate hin, und beantragt die Prüfung dieser Resultate durch eine bestimmte Autorität (Salbach). Doch findet dieser Antrag nicht die genügende Unterstützung. Oberbürgermeister Kobleis hält den Magistratsantrag in Betreff der Verlegung der Wasserwerke nach der Bernhardsbrücke aufrecht und verwahrt den Magistrat gegen die Verschönerung aller Unzulänglichkeiten, die sich möglicher Weise aus der Verlegung der Wasserwerke auf dem Gasanstalts-Grundstücke später herausstellen. - Es wird hierauf die Verlegung der Wasserwerke nach der Bernhardsbrücke einstimmig abgelehnt und die Aufstellung der Maschine auf dem Gasanstalts-Grundstücke beschlossen. Die Bewilligung der erforderlichen Mittel wird bis zur nächsten Sitzung vertagt und die Kommission mit der nochmaligen Prüfung der Angelegenheit beauftragt.

Der Bauernrath zählte bisher 20 Mitglieder, deren Anzahl der Magistrat auf 40 zu erhöhen beantragt; da überdies 5 der bisherigen Mitglieder aus-erschienen sind, so sind demnach 25 zu wählen. Kaufmann Rosenfeld, welcher über diese Angelegenheit berichtet, bringt folgende Personen in Vorschlag, mit deren Wahl sich auch die Versammlung einverstanden erklärt: Dutmacher Ziegler, Fabrikbesitzer Mattheus, Rentier Brzozowski, Kaufmann Schönlank, Kupferschmiedemeister Werner, Kaufmann Malade, Maurermeister Fiebig, Schlossermeister Schild, Apotheker Tractowski, Buchbändler Kefsel, Oberkassabart a. D. Buski, Rent. Kintowski, Kaufm. Felix Kantorowicz, Kaufm. Osw. Schmädke, Kaufm. Barcikowski, Rent. Rud. Kefsel, Hausbesitzer Racinowski, Rentier Buße, Kaufmann Jonas Weiß, Kaufmann M. Kantorowicz, Gelbgießermeister Dierski, Major a. D. Anders, Kaufmann Gustav Sander, Kaufmann Schäpe, Kaufmann Max Kantorowicz.

Ueber die Festsetzung der Baufluchtlinie für das durch die Brauereibesitzer Frieße und Tiele an der Töpfergasse neu zu erbauende Wohn- und Speichergebäude berichtet Zimmermeister Feckert. Demnach beabsichtigen die genannten Brauereibesitzer, dieses Wohn- und Speichergebäude an der Straßen-Fluchtlinie zu errichten, während der Magistrat mit Rücksicht auf die Enge der Straße die Erlaubniß dazu verweigert und nur gestatten will, das neue Gebäude in derselben Fluchtlinie, wie das Brauereigebäude, d. h. ca. 12 Fuß von der Straßen-Fluchtlinie zurück, zu errichten. Die beiden Gemeinden haben sich nun an die königliche Regierung gewandt, welche den Magistr. beauftragt hat, gemäß § 1 des Ges. v. 2. Juli 1875 im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung die Baufluchtlinie festzustellen. Der Magistrat beantragt in Folge dessen, die Versammlung möge sich mit der von ihm festgesetzten Baufluchtlinie einverstanden erklären, was auch geschieht.

Ueber die Entlastung der Elementarschul-Rechnung pro 1873 berichtet Kaufmann Sal. Löwingsohn, über die Entlastung der Rumfort'schen Soppensfond-Rechnung pro 1875/76 Bankdirektor Dr. Rakowicz und es wird demgemäß Decharge erteilt.

Zum Vorsteher für den VII. Armenbezirk wird Kupferschmiedemeister Werner wiedergewählt. - Mit der Verpachtung des auf den Straßen zusammengelegten Düngers pro 1. Januar 1877 bis 31. März 1878 für den Preis von 93 M. erklärt sich die Versammlung einverstanden.

In Betr. der Befetzung einer ordentlichen Lehrerstelle an der hiesigen Realschule beantragt der Magistrat, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß, im Falle die Anstellung des bisherigen ersten Oberlehrers an der hiesigen Realschule, Dr. Messert, als Direktor der städtischen Realschule zum Zwinger in Breslau befähigt werde, Dr. Kollmann, bisher in Naumburg, in eine ordentliche Lehrerstelle an der hiesigen Realschule einrücke. Derselbe ist gegenwärtig 31 Jahre alt und befähigt, an Stelle des hies. Oberlehrers Dr. Messert den engl. Sprachunterricht zu erteilen. Dr. Wagner, bisher zweiter deutscher Oberlehrer, soll alsdann in die erste Lehrerstelle, der bisherige dritte Oberlehrer, Mehne, in die zweite Lehrerstelle, Dr. Krug in die dritte Lehrerstelle einrücken, und die zweite deutsche ordentliche Lehrerstelle dem Dr. Kollmann übertragen werden. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Ueber die Einziehung des auf den Grundstücken Altstadt Nr. 11 bis 26 (ehemaligen sogenannten Schmiedelbuden) eingetragenen Kanals in dieses berichtet Rechtsanwält Mitzel, und es wird demgemäß die Angelegenheit der Rechtskommission überwiesen.

In Betreff der an die Gemeinde zu Winiary zu zahlende Entschädigung für den ihr gebührenden Antheil an dem Ertrage der städtischen Schlauchtsteuer theilt der Magistrat mit, daß er von der künigl. Regierung beauftragt worden sei, diese Angelegenheit durch ein Abkommen zu erledigen. Es handelt sich dabei um eine Bevölkung von 75 Köpfen, welche indirekt zur Schlauchtsteuer beisteuern und zur Gemeinde Winiary gehören. Der zwischen Magistrat und der Gemeinde Winiary vorläufig abgeschlossene Vertrag, wonach die Stadt Bosen an die Gemeinde Winiary an Schlauchtsteuer jährlich 270 M. zu erstatten hat, wird von der Versammlung genehmigt.

Mit der Errichtung einer zweiten Zeichen-Abtheilung an der hiesigen Fortbildungsschule erklärt sich die Versammlung einverstanden. Bisher wurde der Zeichen-Unterricht an dieser Schule fakultativ, und zwar nur in einer Abtheilung erteilt. Da jedoch die Schule gegenwärtig von 100 Schülern besucht wird, von denen 65 sich am Zeichenunterricht betheiligen, so ist die Errichtung einer zweiten Zeichen-Abtheilung erforderlich geworden. Besondere Kosten werden der Stadt dadurch nicht erwachsen, indem dieselben voraussichtlich durch vermehrtes Schulgeld aufgebracht werden.

In die Kommission zur Einschätzung der Forstungen zc. pro 1877/78 werden gewählt: Kaufmann Wilh. Kantorowicz, Rechtsanwält Mitzel, Maurermeister Kesselbein, Kaufmann Magnus Czapski, Bankdirektor Rakowicz, Kaufmann Wilh. Herz, Kaufmann Magnuszewicz, Kaufmann Paul Anderich, Apotheker Dr. Mantkiewicz, Kaufmann Carl Meyer, Kaufmann Sal. Seilbrunn, Kaufmann Goldennina; in die Reklamationskommission pro 1877/78: Posthalter Gerlach, Kaufmann Vol. Leitgeber, Kaufmann Kirsten, Kaufmann Wör. Viktor, Kaufmann Wojtowski, Auktionskommissarius Manheim.

Zum Vorsteher für den XIV. Armenbezirk wurde Rentier Brzozowski und zum Stellvertreter Kaufmann Max Kantorowicz wiedergewählt.



Produkten-Börse.

Berlin, 24. Jan. Wind: W. Barometer: 28,6. Thermometer 1,0 R. Witterung: Schön. Weizen loco per 1000 Kilogr. M. 195-235 nach Qual. gef., per diesen Monat - Jan. - Febr. - April-Mai 223,00-222,00 bz., Mai-Juni 224,00-223,00 bez. - Roggen loco per 1000 Kilo. 159-185 nach Qualität gef., russischer 159-161 ab Boden bez., neuer do. und poln. 160-167, neuer ml. 175-185 ab Bahn bez., def. und russ. - bz., per diesen Monat 160,00-159,5 bez., per Januar-Februar do., per Februar-März 160,5-160,0 bez., per April-Mai 163,00-162,00 bezahlt, Mai-Juni 161,5-160,5 bez., Juni-Juli 160,5-159,5 bz. - Gerste loco 1000 Kilogr. 127-180 M. nach Qual. gef. - Hafer loco 1000 Kilogr. 120-165 nach Qual. gef., oft- und westpreuss. 138-153, russischer 130-141, neuer pomm. 159-160, neuer schles. 150-160, galiz. - böhm. 150-160, ungar. 138-142 ab Bahn bez., defetter - bz., per diesen Monat - per Januar-Februar - April-Mai 153,5-152,5 bz., Mai-Juni 154,5-153,5 bz. - Erbsen 1000 Kilogramm Kochwaare 153-186 nach Qualität, Futterwaare 135-150 nach Qualität. - Kaps per 1000 Kilogr. - Rübsen - - Leinöl loco per 100 Kilo ohne Faß 60,00 M. - Rübsöl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 74,00 bez., mit Faß per diesen Monat 74,00 bez., per Januar-Februar do., Febr.-März - bz., April-Mai 74,5-74,2-74,3bz., Mai-Juni 74,00-73,5-73,7 bez., Sept.-Okt. 70,00-69,8 bez. - Petroleum (raff.) (Stand. white) 100 Kil. mit Faß loco 45,00 bz., per diesen Monat 41,00-40,5 bz., Jan.-Febr. 38,3-37,8 bz., Febr.-März 35,00 bez., März-April - , April-Mai - bz. - Spiritus per 100 Liter a 100 pCt. = 10,000 pCt loco ohne Faß 54,2-54,00 bez., per diesen Monat 54,6-54,00-54,2 bz., per Januar-Februar do., per Februar-März - , März-April - , April-Mai 56,4-55,9-56,00 bez., per Mai-Juni 56,7-56,1-56,2 bez., per Juni-Juli 57,9-57,5-57,6 bez., Juli-August 58,6-58,1-58,2 bez., per

August-September 59,1-58,7-58,8 bez. - Mais per 1000 Kilo loco neuer 124-130 bez., alter 130-138 nach Qual. gef., neuer una. - , neuer Mold. 124, after 130 ab Bahn bez. - Roggen ebl Nr. 0 und 1 per 100 Kilg. Brutto incl. End an diesen Monat 23,05-22,80 bez., Januar-Februar 22,90-22,80, Februar-März do., März-April do., April-Mai 22,90-22,80 bez., Mai-Juni 22,95 22,80 bez. - Weizen Nr. 0 29,50-27,50, Nr. 0 und 1 27,50-26,50, Roggenmehl Nr. 0 25,50 bis 23,50, Nr. 0 u. 1 23,00-22,00 per 100 Kil. Brutto incl. End. (B. u. S. B.)

Stettin, 24. Januar. An der Börse. Amtlicher Bericht. Wetter: trübe + 0 R., Barometer 28,10. Wind: SW. Nachts leichter Frost.

Weizen matten, per 1000 Kilo loco gelber inländ. 200 208 feiner 212-220 M., geringer 175-195 M., per Frühjahr 224-223 M. bez., per Mai-Juni 225 M. bez., per Juni-Juli 227 M. bez. - Roggen matten, per 1000 Kilo loco inländischer 180-185 M., russischer alter 157-160 M., do. neuer 161-164 M., per Frühjahr 160-159 M. bez., per Mai-Juni 159 M. bez., per Juni-Juli 158 M. bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco März 158-166 M., Futter- 130-135 M. - Hafer matten per 1000 Kilo loco 145-160 M., per Frühjahr 156 M. Br. per Mai-Juni 157 M. Br. und Gd., - Erbsen matten, per 1000 Kilo loco Futter- 146-150 M., Koch- 151-155 M., Frühljahrs-Futter- 152 M. bz. - Winterlebens matten, per 1000 Kilo per April-Mai 355 M. nom., September - Okt. 308-307 M. bz. - Rübsöl flau, per 100 Kilo loco flüssiges 75,5 M. Br., per Jan. - Februar 73,75 M. Br. per April - Mai 74 M. Br. und Br. per September - Oktober 69,5 M. Br. - Spiritus Schluß fester, per 10,000 Liter Prox. loco ohne Faß 53 M. bez., mit Faß - M. bez., per Januar u. Januar-Februar 53,4 M. bz., per Frühjahr 55,5 M. bez. Br. und Gd. per Mai-Juni 56,2 - 56,3 M. bz. Juni-Juli 57,2 M. Br. und Gd. bz., Juli-August 58,2 M. Br. und Gd., per August-September - M. Br. - Angemeldet: Nichts.

Requirirungspreis für Rindbiften: Küßl 73,75 M., Spiritus 53,4 M. - Petroleum loco 19,75-20 M. bez. Kleinfalt 20,15 M. Requirirungspreis 20 M. Jan. gestern Nachm. 20 M. bz., heute 20 M. Br., Februar - M. bez.

Heutiger Landmarkt per 1000 Kilo: Weizen 200-216 M. Gerst 165 M. Hafer 172-175 M. Erbsen 150 160 M., Kartoffeln 51-52 M., Heu 3-3,75 M. Stroh 51-57 M. - Roggen 192-195 M. (Off.-Sta.)

Breslau 24. Januar. Amtlicher Produktenbericht. Kleesaat rotte matt, ord. 52 57, mittel 59-66, fein 69-70 hochf. 78-80. - Kleesaat weiße still ord. 52-60, mittel 63 70 feinst 73 79, hochf. 80-84. - Roggen per 1000 Kilo. matten. Gef. - Er. - Abgel. Rindungsbef. - , Jan. und Jan. Februar 153 Br., per Febr. - März 153,50 Br., per März - April - April-Mai 158 bezahlt, per Mai - Juni - per Juni - Juli - Weizen 197 Br., per April-Mai 208 Br., Gef. - Hafer 136 Br., April-Mai 139,50-139 bez., Juni-Juli 146,50 M. u. Gd. Kleinfalt - Er. loco 74,50 Br., per Jan. u. Jan. Februar 72 bez., per Febr. M. u. 73 Br., März-April - April-Mai 73,50 Br., Mai-Juni 72,50 Br., per Sept.-Okt. 69,00 Br. - Spiritus niedriger. Gef. 5000 Liter, loco 51,70 Br., 50,70 Geld, per Jan. u. Jan. - Februar und Februar-März 51,50 - 52,60 bez., Br., und Gd. per März-April - April-Mai 51,50-54,40 bez., Gd. u. Brief per Mai-Juni 55 bez., per Juni-Juli - Juli-August - Spiritus loco per 100 Liter bei 80 pCt. Talles: 47,37 Br., 46,45 Gd. Ohne Umfatz. (B. u. S. B.)

Die Börsen-Kommission.

am 23. Januar Mittags 1,78 Uhr Grundkurs = 24. 174

Berlin, 24. Jan. Die fremden Plätze hatten mattere Tendenz gefandt, welcher sich auch der hiesige Verkehr sofort angeschlossen. Abgesehen von den schwebenden Hausse-Engagements, für welche sich nur schwer eine günstige Lösung finden läßt, wirkte auch die Ansicht verstimmt, daß Russland nicht lange unthätig bleiben könne und daß jedenfalls baldigst beunruhigende politische Nachrichten in Aussicht ständen. Die Berichte über die Fortsetzung und Verstärkung der russischen Rüstungen trugen dazu bei, die Unsicherheit der Lage in den Vordergrund zu drängen. Dem entsprechend blieb die Spekulation in Bezug auf neue Abschlüsse zurückhaltend und abwartend, das Prologationsgeschäft beschäftigte die Börsenbesucher mehr als an den vorhergegangenen Tagen; dabei hatte der Deport noch eine Kleinigkeit

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, 24. Januar 1877. Preussische Staats- und Geld-Course.

Consol. Anleihe 104,10 bz  
do. neue 1876 95,40 bz  
do. 1877 95,60 bz  
do. 1878 92,20 bz  
do. 1879 92,00 bz  
do. 1880 101,30 bz  
do. 1881 102,10 bz  
do. 1882 93,00 G  
do. 1883 101,40 G  
do. 1884 101,50 G  
do. 1885 101,50 G  
do. 1886 101,50 G  
do. 1887 101,50 G  
do. 1888 101,50 G  
do. 1889 101,50 G  
do. 1890 101,50 G  
do. 1891 101,50 G  
do. 1892 101,50 G  
do. 1893 101,50 G  
do. 1894 101,50 G  
do. 1895 101,50 G  
do. 1896 101,50 G  
do. 1897 101,50 G  
do. 1898 101,50 G  
do. 1899 101,50 G  
do. 1900 101,50 G  
do. 1901 101,50 G  
do. 1902 101,50 G  
do. 1903 101,50 G  
do. 1904 101,50 G  
do. 1905 101,50 G  
do. 1906 101,50 G  
do. 1907 101,50 G  
do. 1908 101,50 G  
do. 1909 101,50 G  
do. 1910 101,50 G  
do. 1911 101,50 G  
do. 1912 101,50 G  
do. 1913 101,50 G  
do. 1914 101,50 G  
do. 1915 101,50 G  
do. 1916 101,50 G  
do. 1917 101,50 G  
do. 1918 101,50 G  
do. 1919 101,50 G  
do. 1920 101,50 G  
do. 1921 101,50 G  
do. 1922 101,50 G  
do. 1923 101,50 G  
do. 1924 101,50 G  
do. 1925 101,50 G  
do. 1926 101,50 G  
do. 1927 101,50 G  
do. 1928 101,50 G  
do. 1929 101,50 G  
do. 1930 101,50 G  
do. 1931 101,50 G  
do. 1932 101,50 G  
do. 1933 101,50 G  
do. 1934 101,50 G  
do. 1935 101,50 G  
do. 1936 101,50 G  
do. 1937 101,50 G  
do. 1938 101,50 G  
do. 1939 101,50 G  
do. 1940 101,50 G  
do. 1941 101,50 G  
do. 1942 101,50 G  
do. 1943 101,50 G  
do. 1944 101,50 G  
do. 1945 101,50 G  
do. 1946 101,50 G  
do. 1947 101,50 G  
do. 1948 101,50 G  
do. 1949 101,50 G  
do. 1950 101,50 G  
do. 1951 101,50 G  
do. 1952 101,50 G  
do. 1953 101,50 G  
do. 1954 101,50 G  
do. 1955 101,50 G  
do. 1956 101,50 G  
do. 1957 101,50 G  
do. 1958 101,50 G  
do. 1959 101,50 G  
do. 1960 101,50 G  
do. 1961 101,50 G  
do. 1962 101,50 G  
do. 1963 101,50 G  
do. 1964 101,50 G  
do. 1965 101,50 G  
do. 1966 101,50 G  
do. 1967 101,50 G  
do. 1968 101,50 G  
do. 1969 101,50 G  
do. 1970 101,50 G  
do. 1971 101,50 G  
do. 1972 101,50 G  
do. 1973 101,50 G  
do. 1974 101,50 G  
do. 1975 101,50 G  
do. 1976 101,50 G  
do. 1977 101,50 G  
do. 1978 101,50 G  
do. 1979 101,50 G  
do. 1980 101,50 G  
do. 1981 101,50 G  
do. 1982 101,50 G  
do. 1983 101,50 G  
do. 1984 101,50 G  
do. 1985 101,50 G  
do. 1986 101,50 G  
do. 1987 101,50 G  
do. 1988 101,50 G  
do. 1989 101,50 G  
do. 1990 101,50 G  
do. 1991 101,50 G  
do. 1992 101,50 G  
do. 1993 101,50 G  
do. 1994 101,50 G  
do. 1995 101,50 G  
do. 1996 101,50 G  
do. 1997 101,50 G  
do. 1998 101,50 G  
do. 1999 101,50 G  
do. 2000 101,50 G

reit eingezogen. Creditaktien bedangen 1,60 M., Russen 1 pCt. Deport. - Im Einzelnen waren Franzosen auf ihre Mindereinnahmen hin (die letzte wurde auf 300,000 Gulden geschätzt) stark gedrückt; auch Creditaktien billiger. Doch zogen die ermäßigten Kurse Käufer an, so daß die Haltung als ziemlich fest gelten konnte. Fremde Renten lagen still und eber matt. Goldrente mäßig belebt. Russische Wertpapiere, namentlich auch auf Pfand lautende Eisenbahn-Obligationen, angebotenen. Oesterreichisch-ungarische Eisenbahn-Prioritäten rubig. Deutsche Anleihen gut beauptet, aber in schwacher Frage. Etwas mehr wurden Looseeffekten beachtet; auch 4 1/2 proz. Prioritäten fanden leicht Käufer, namentlich Hannover-Altenbekener. Lokale Eisenbahnaktien lagen rubig und ziemlich gut beauptet. Leichte Devisen mäßig belebt. Russen 1 pCt. Deport. - Im Einzelnen waren Franzosen auf ihre Mindereinnahmen hin (die letzte wurde auf 300,000 Gulden geschätzt) stark gedrückt; auch Creditaktien billiger. Doch zogen die ermäßigten Kurse Käufer an, so daß die Haltung als ziemlich fest gelten konnte. Fremde Renten lagen still und eber matt. Goldrente mäßig belebt. Russische Wertpapiere, namentlich auch auf Pfand lautende Eisenbahn-Obligationen, angebotenen. Oesterreichisch-ungarische Eisenbahn-Prioritäten rubig. Deutsche Anleihen gut beauptet, aber in schwacher Frage. Etwas mehr wurden Looseeffekten beachtet; auch 4 1/2 proz. Prioritäten fanden leicht Käufer, namentlich Hannover-Altenbekener. Lokale Eisenbahnaktien lagen rubig und ziemlich gut beauptet. Leichte Devisen mäßig belebt.

mänen und Galizier gedrückt. Banken und Industrien viele fanden wenig Beachtung. Deutsche Bank, Deutsches Bergwerk, Deutsche Eisenbahn-Baugesellschaft, Viehmarkt und Later den Linden mäßig belebt. Geld flüssig. Wechsel rubig und fest. - Der Verkehr blieb zum Schluß schleppend. Per Ultimo notiren wir: Franzosen 388,35, Lombarden 121,50, Creditaktien 2,0-50 23, Disconto Kommandit-Antheile 107,40-7,50, -107,40, Laurabütte 70,40-70,50, Baubank Metropole 104 an, Halberstädter Stammaktien 1/2, Bochumer und Phönix A. je 1, Norddeutsche Bank 1,35, Dessauer Gasgesellschaft A. je 1, Schluß fest. Kreisobligationen 5 proz. B., 4 1/2 proz. 99,60 bez., 4 proz. 93,40 bez.

Table with columns for various financial instruments and their prices. Includes entries like 'Amerik. r. d. 1881', 'Russ. r. d. 1881', 'Preuss. r. d. 1881', etc.

Table with columns for 'Eisenbahn-Stamm-Aktien' and 'Industrie-Aktien'. Lists various companies and their stock prices.

Table with columns for 'Eisenbahn-Obligationen' and 'Ausländische Privataktien'. Lists various bonds and foreign stocks.

Table with columns for 'Deutsche Fonds' and 'Wechsel-Course'. Lists various funds and exchange rates.

Table with columns for 'Industrie-Aktien' and 'Bank- und Credit-Aktien'. Lists various industrial and bank stocks.

Table with columns for 'Ausländische Privataktien' and 'Wechsel-Course'. Lists various foreign stocks and exchange rates.